

04/2016

**fdplus**

**Die Mitte unserer  
Gesellschaft**

**Der deutsche Traum**

Ein Thema beim dritten  
Freiheitskonvent

**Ein erfolgreiches Wahljahr**

2017 an die Wahlerfolge dieses Jahres  
anknüpfen

**Walter Scheel**

Der Abschied von einem  
großartigen Mann

Wir machen Freiheit.  
Machen Sie mit!

Politischer Erfolg beruht auf Überzeugungskraft. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet Argumente für Ihre Diskussionen und Trainings für Ihr Engagement. Auf Veranstaltungen in ganz Deutschland bringen wir mit unseren Ideen die liberale Sache voran. Lesen Sie unser Debattenmagazin liberal, nutzen Sie unsere Website [freiheit.org](http://freiheit.org) und folgen Sie uns in den sozialen Medien.

**Wir machen Freiheit. Machen Sie mit!**

**Freiheit**.org

## Die Hinwendung zur Mitte unserer Gesellschaft



Nils Droste  
Chefredakteur

Was für ein bewegendes Jahr. Flüchtlingskrise, Terror, Brexit und Trump haben alte Gewissheiten durcheinandergewürfelt. Für die Freien Demokraten lagen Freud und Leid 2016 nah beieinander. Wahlerfolgen im März und September steht der Verlust großer Persönlichkeiten gegenüber: Westerwelle, Genscher, Scheel und Hamm-Brücher. Orientierung gibt in diesen Zeiten das Interview mit dem Bundesvorsitzenden Christian Lindner. Darin fordert er die Hinwendung zur Mitte unserer Gesellschaft und gibt einen Ausblick auf das Superwahljahr 2017. In der digitalen Ausgabe finden Sie zusätzlich einen Beitrag von Prof. Dr. Daniel Zimmer zur freiheitssichernden Funktion des Kartellrechts. Darüber hinaus berichten wir vom dritten Freiheitskonvent, über die Ergebnisse der großen Mitgliederumfrage und das erfolgreiche Wahljahr. Im Beitrag der Stiftung lesen Sie mehr über die Herausforderungen in der internationalen Arbeit und abschließend Wolfgang Gerhardts Würdigung von Walter Scheel. Wir freuen uns auf Ihr Feedback. Schreiben Sie mir einfach an [droste@fdplus.de](mailto:droste@fdplus.de).

Ihr



**„Die politische Debatte in unserem Land kreist zu sehr um Flüchtlinge und Superreiche“**

Interview mit Christian Lindner über Trump, durchgrünte Politik und das Wahljahr 2017

**5 Meldungen**

**6 „Die politische Debatte in unserem Land kreist zu sehr um Flüchtlinge und Superreiche“**

**D1 Im Dienst der Bürgerrechte**

Das Verfahren des Bundeskartellamts gegen Facebook.

**D4 Das sind die 12 Freien Demokraten im Berliner Abgeordnetenhaus**

**10 „Den deutschen Traum, den wünsche ich mir“**

Eins von zahlreichen diskutierten Themen beim dritten Freiheitskonvent.

**12 Die Ergebnisse der großen Mitgliederumfrage**

**14 Ein erfolgreiches Wahljahr für die Freien Demokraten**

**16 Der Einsatz für Freiheit und Demokratie trotz „Shrinking Spaces“**

Eine Herausforderung für die internationale Arbeit der Stiftung.

**18 „Ich verabschiede mich schweren Herzens von diesem großartigen Mann“**

Die Rede von Wolfgang Gerhardt beim Staatsakt für Walter Scheel.

**Staat profitiert von heimlichen Steuererhöhungen**

Seit 2010 hat der Staat durch die Kalte Progression 70 Milliarden Euro zusätzliches Steueraufkommen erzielt. Das belegt eine Studie des ifo Instituts im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. „Diese Steuerpolitik ist ungerecht. Der Staat wird immer reicher, weil der Steuerzahler immer mehr abgeben muss“, rügte Christian Dürr, Sprecher der Fraktionen. Der Bundesvorsitzende Christian Lindner forderte einen Paradigmenwechsel: „Wenn die Bürger durch Fleiß und Anstrengung ihr Einkommen verbessern, dann sollen sie in erster Linie davon profitieren, und nicht der Staat im Weg der Selbstbedienung.“ Zur nachhaltigen Entlastung der Arbeitnehmer schlagen die Freien Demokraten vor, den Steuertarif automatisch an die jährliche Inflation und die reale Einkommensentwicklung anzupassen.



Christian Lindner, Christian Dürr und Clemens Fuest stellen das ifo-Gutachten vor

**Erfolgreiche Kommunalwahlen in Niedersachsen**

Die Freien Demokraten Niedersachsen sind bei den Kommunalwahlen im September viertstärkste Kraft geworden. In den Landkreisen und kreisfreien Städten erreichte sie 4,8 Prozent. Das sind 1,4 Prozentpunkte mehr als 2011. Der Landesvorsitzende Stefan Birkner wertete diesen Zuwachs als Rückenwind für die Freien Demokraten. „Die Kommunalwahlen sind eine wichtige Wegmarke“, sagte er mit Blick auf die Bundestagswahl im nächsten Jahr. „Klar ist, dass die ehrenamtliche Basis wieder gestärkt wurde“, erklärte Generalsekretär Gero Hocker.



**Sensation in Landshut: Putz erobert das Rathaus**

Alexander Putz hat Geschichte geschrieben: 47 Jahre lang regierten CSU-Politiker im Landshuter Rathaus, jetzt ist erstmals ein Freier Demokrat Oberbürgermeister der größten Stadt Niederbayerns. Putz setzte sich mit 63 Prozent gegen seinen CSU-Kontrahenten durch. „Das ist ein historischer Abend für die Stadt Landshut und ein besonderer Abend für mich“, sagte er nach der Verkündung des überraschend deutlichen Ergebnisses. Auch Christian Lindner gratulierte: „Das ist ein Fingerzeig über Ihre Stadt hinaus. Denn auch Deutschland, Bayern, beide brauchen ideologiefreie, pragmatische Politik, neue Seriosität und Ernsthaftigkeit. Der Wahlsieg ist eine Motivation für uns alle.“



Der neue Landshuter Oberbürgermeister Alexander Putz



## „Die politische Debatte in unserem Land kreist zu sehr um Flüchtlinge und Superreiche“

Interview mit dem Bundesvorsitzenden Christian Lindner über Trump, durchgrünte Politik und das Wahljahr 2017



Nils Droste  
stellte die Fragen

**fdplus:** Herr Lindner, Donald Trump wird der nächste US-Präsident. Ihre Schadensbilanz?

Lindner: Natürlich hätten sich viele in Deutschland und Europa einen anderen Wahlausgang gewünscht. Aber Donald Trump ist jetzt demokratisch gewählter Präsident, das gilt es zu akzeptieren. Besonnenheit ist jetzt das Gebot dieser Tage. Wir sollten weniger den Wahlkampf des Kandidaten Trump zum Maßstab machen, sondern genau ansehen, was er als Präsident jetzt vorhat. Da gibt es in Reden Signale der Hoffnung, aber auch Tweets der Sorge. Klar ist: Das transatlantische Verhältnis hat für Deutschland eine besondere Bedeutung. Es wird auch schwierige Konstellationen überstehen.

**Was bedeutet seine Wahl für Deutschland und Europa?**

Donald Trump hat seinen Wahlkampf mit Lügen und Herabwürdigung seiner Rivalin gewonnen. Diese Form der Wahlkampfführung sollten wir nicht abschauen. Wir müssen aber erkennen, dass die Wahl Trumps ein Ausdruck des Protests und der Empörung über das Establishment war. Dieses Signal sollten wir in Europa ernst nehmen.

**Und wie?**

Die politische Debatte in unserem Land kreist zu sehr um Flüchtlinge und Superreiche. Es gibt dazwischen aber auch Millionen Menschen, die Mitte unserer Gesellschaft. Die

haben ökonomische Sorgen, oder fragen sich, ob es ihren Kindern auch mal so gut gehen wird wie ihnen, und die das Versprechen vom eigenen Aufstieg durch ihre Leistung nicht mehr erfüllt sehen. Die fühlen sich im politischen Diskurs nicht mehr repräsentiert, wenn Eliten und Medien Debatten über Themen führen, die mit der Lebenswirklichkeit dieser Menschen nichts mehr zu tun haben. Deren Sorgen müssen wir aufgreifen, damit die Mitte weiterhin immun gegen politische Rattenfängerei bleibt.

#### Welche Themen meinen Sie damit?

Menschen fahren auf Straßen voller Schlaglöcher zur Arbeit von Funkloch durch Funkloch, ihre Kinder trauen sich in der Schule nicht mehr auf die heruntergekommene Toilette und lernen im Unterricht in Büchern, in denen es die UdSSR noch gibt, die Rechnung für Strom wird immer teurer und zugleich bleibt vom eigenen Einkommen weniger übrig. Wir brauchen eine Politik, die wieder die richtigen Prioritäten setzt. Weniger Konsumausgaben für teure Wahlgeschenke, mehr Geld für Investitionen in Infrastruktur und Netzausbau und vor allem Bildung. Und der Druck, bei Steuern und Abgaben zu mehr Fairness zu kommen, ist nach vier Jahren großer Koalition nochmals deutlich gewachsen. Wenn der Staat bis zum Ende des Jahrzehnts etwa 100 Milliarden Mehreinnahmen hat, ist eine spürbare Entlastung in Höhe von 30 Milliarden Euro machbar. Allein: Es fehlt den anderen Parteien der Wille dazu.

#### Bundeskanzlerin Merkel hat angekündigt, eine vierte Amtszeit anzustreben. Ihre Erwartungen?

Frau Merkel hat sich seit ihrer ersten Wahl zur Bundeskanzlerin 2005 deutlich von konservativer Politik entfernt. In der ersten großen Koalition war sie pragmatisch, jetzt ist ihre Politik geradezu durchgrünt. Ihre Politik der grenzenlosen Aufnahmebereitschaft im vergangenen Jahr hat rechtstaatliche Regeln außer Kraft gesetzt. Die Maßnahmen des Klimaschutzplans 2050 sind ökologisch unwirksam und belasten unsere Volkswirtschaft massiv. Und die Union weigert sich massiv, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen, etwa indem man den Soli abschafft. All das kann man sich nur mit einer durchgrünten politischen Haltung erklären. Das ist eine Politik mit einem moralischen Überheblichkeitsanspruch und die Vorstellung, man könne den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt am Reißbrett planen.

#### Ist mit Merkel überhaupt noch eine Koalition zu machen?

Die FDP ist so frei und unabhängig wie nie zuvor. Wir haben keinen natürlichen Verbündeten. Das ist auch einer der Lehren aus der Koalition bis 2013, als die Union die FDP mit den Reform-Themen im Regen hat stehen lassen. SPD und Grüne liefern sich ja einen regelrechten Überbietungswettbewerb, wer schneller die Belastungsschraube nach oben drehen will – Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer. Für eine Ampel-Koalition sehe ich weder eine politische noch eine rechnerische Mehrheit. CDU und CSU kündigen vor Wahlen gerne Entlastungen an, um nach der Wahl dann doch die Steuern zu erhöhen. Solange wir in Koalitionen regieren, wird es nicht gelingen, dass wir hundert Prozent unseres Programms umsetzen. Entscheidend ist, dass die Richtung stimmt. Wir wollen liberale Projekte umsetzen: weltbeste Bildung, Bürokratieabbau, Glasfaser-Infrastruktur, finanzielle Entlastung für die Mitte. Wenn wir davon nichts in einer Regierung umsetzen können, gehen wir in die Opposition.

#### Es sind keine zehn Monate mehr bis zur Bundestagswahl 2017. Ist die FDP im Plan?

Wir haben uns nach der Bundestagswahl in einem umfassenden Prozess erneuert. Seit wir im Januar 2015 erstmals als erneuerte Freie Demokraten auch nach außen sichtbar aufgetreten sind, haben wir Vertrauen zurückgewinnen können. Wir haben seither bei allen Landtagswahlen zugelegt, in Bremen, Rheinland-Pfalz und Berlin sind wir in die Parlamente zurückgekehrt. Wir haben uns für das kommende Wahljahr eine gute Ausgangsbasis erarbeitet. Aber auch wenn uns alle Demoskopien seit Monaten über fünf Prozent sehen, muss allen klar sein, dass noch nichts gewonnen ist.

#### Das Wahljahr 2017 startet mit den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und ihrer Heimat Nordrhein-Westfalen. Wie wichtig sind diese Wahlen für das Comeback der FDP?

Jede Wahl in einem Bundesland haben wir in den letzten zwei Jahren zu einer Wahl für die gesamte FDP gemacht. Das gilt im neuen Jahr natürlich in besonderer Weise. Das Saarland und im Mai die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind nicht nur Richtungsentschei-



Christian Lindner im Gespräch mit Nils Droste

dungen für die jeweiligen Länder, sondern werden die Stimmung für den Bundestagswahlkampf vorgeben. Wir haben es selbst in der Hand, dass wir uns für den Herbst Rückenwind verschaffen.

#### Was rechnen Sie sich bei den Landtagswahlen aus?

Das Saarland ist für eine Überraschung gut. Oliver Luksic als Spitzenkandidat ist ein dynamischer Gegenpol zu der trägen großen Koalition, die das Land in vielen Bereichen auf den Abstiegsplätzen geparkt hat. In Schleswig-Holstein halten die Bürger Wolfgang Kubicki für kompetenter als den Ministerpräsidenten – natürlich zu Recht. Und in Nordrhein-Westfalen treten wir in einem starken Team an. Joachim Stamp und Angela Freimuth bilden dort mit mir unser Spitzenteam. Mit der doppelten Spitzenkandidatur von mir für Land und Bund machen wir den besonderen Stellenwert der Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland klar. Hannelore Kraft hat den Einfluss NRWs im Bund verzweigt. Es ist Zeit, das wieder zu ändern. Nach der Wahl werde ich die Phase der Regierungsbildung im Landtag begleiten, habe aber klar gemacht, dass ab Herbst ich meine politische Arbeit im Deutschen Bundestag fortsetzen will.

#### Auf welche Themen setzt die FDP im Bundestagswahlkampf?

Wir wollen den Einzelnen groß machen – und nicht den Staat. Deswegen rücken wir Bildung als Thema weit nach vorne. Beste Bildung für den Einzelnen ist der Schlüssel für Selbstverwirklichung und Aufstieg. Dabei stehen nicht mehr die deutschen Bundesländer untereinander im Wettbewerb, sondern Deutschland mit China und Amerika. Der

Bildungsföderalismus ist längst zum Teil des Problems geworden und nicht mehr Teil der Lösung. Wir brauchen mehr Engagement vom Bund für Bildung. Natürlich bleibt auch Steuergerechtigkeit von Bedeutung: Kalte Progression angehen, Soli abschaffen, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag für die private Immobilie ermöglichen. Die Energiewende ist völlig aus dem Ruder gelaufen, da brauchen wir einen marktwirtschaftlichen Neustart ohne Subventionen. Andrea Nahles hat alle Herausforderungen an die sozialen Sicherungssysteme, die es wegen des demografischen Wandels sowieso gibt, mit ihren nicht finanzierten Leistungsausweitungen, drastisch verschärft. Die enkelifitte Rente mit Flexibilität beim Eintrittsalter ist unsere Antwort. Wir kämpfen für ein Comeback der Bürgerrechte, die mit der Vorratsdatenspeicherung und dem BKA-Gesetz geschliffen wurden.

#### Und die Digitalisierung?

Ja, die Digitalisierung muss endlich den politischen Stellenwert erlangen, den sie verdient. Wir erleben gerade den Beginn revolutionärer Veränderungen in unserer Wirtschaft, aber bekommen in der Bundesregierung die Kompetenzen für dieses Thema nicht geklärt? Ein schlechter Witz. Damit Deutschland beim Zukunftsthema Nummer eins nicht noch mehr den Anschluss verliert, brauchen wir ein Investitionspaket für Glasfaserausbau. Dass es Deutschland aktuell wirtschaftlich gut geht, ist das Ergebnis früherer Reformen und der künstlich niedrigen Zinsen. Das verdeckt aber vor allem, dass die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes deutlich abgenommen hat. Wir wollen, dass wieder mit Maß und Mitte, mit Verhältnismäßigkeit und Vernunft an die Themen unserer Zeit herangegangen wird.

#### Wenn das Comeback 2017 gelingt, wie geht es dann mit der FDP weiter?

Der Prozess der Erneuerung der Freien Demokraten ist nicht abgeschlossen, wenn wir in den Deutschen Bundestag zurückgekehrt sind. Der Wiedereinzug wird der wichtigste Meilenstein sein. Aber die personelle Verbreiterung der Partei und die Schärfung des inhaltlichen Profils werden weitergehen.



## Im Dienst der Bürgerrechte

Das Bundeskartellamt hat ein Verfahren gegen Facebook eingeleitet. Es zeigt: Im Kartellrecht geht es um mehr als nur um wirtschaftlichen Wettbewerb.



Prof. Dr. Daniel Zimmer  
Universität Bonn und  
DIW Berlin

Das Bundeskartellamt hat im März 2016 ein Verfahren gegen Facebook wegen möglicherweise missbräuchlicher Datenerhebung eingeleitet. Es kann sich dabei auf einen Gedanken stützen, der im Zusammenhang des Datenschutzes vor zwei Jahren von der deutschen Monopolkommission vorgetragen worden war: Das Wettbewerbsrecht könnte in Stellung gebracht werden, um Bürgerrechte zu verteidigen. Erteilen nämlich Bürger nur deshalb eine Einwilligung zur Nutzung ihrer Daten, weil sie sich einem Unternehmen gegenüber sehen, dem sie nicht ausweichen können, so können Zweifel an der Validität ihrer Zustimmung bestehen. In Juristendeutsch: Die Erwirkung einer Zustimmung der Nutzer zur Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten könnte ein Missbrauch einer marktbeherrschenden

Stellung sein. Wichtige Testfragen in diesem Zusammenhang lauten: Im hypothetischen Fall, dass Facebook einem wirksamen Wettbewerb durch andere soziale Netzwerke ausgesetzt wäre – wäre dann davon auszugehen, dass das Unternehmen weniger weit in die Privatsphäre seiner Nutzer eingriffe? Würden die verschiedenen Netzwerke beginnen, sich hinsichtlich der Achtung personenbezogener Daten und Inhalte zum Wohle der Verbraucher gegenseitig zu überbieten?

Dass der schonende Umgang mit Nutzerdaten eine Handlungsoption im wirtschaftlichen Wettbewerb sein kann, zeigt das Beispiel Apple: Das Unternehmen stellt immer wieder – etwa vor einigen Monaten bei einer aufsehenerregenden Auseinandersetzung mit dem FBI – heraus, dass

Nutzerdaten bei ihm besonders sicher seien. Losgelöst von der Frage, ob diese Behauptung von Apple zutrifft oder nicht – der Fall zeigt, dass Hersteller, die im Wettbewerb stehen, die Wahrung der Privatsphäre und die Achtung von Nutzerrechten durchaus als wettbewerbsrelevanten Faktor betrachten können. Apple steht als Gerätehersteller und Dienstleister in vielfachem Wettbewerb. Bei Facebook ist dies anders: Wer mit seinen gesamten Kontakten bei Facebook ist, dem nutzt die theoretische Möglichkeit eines Ausweichens auf ein anderes Netzwerk wenig. Er müsste seine Bekannten davon überzeugen, den Wechsel mit ihm zu vollziehen, und diese müssten wiederum ihre Bekannten ebenfalls hiervon überzeugen usw. Kurzum: Der „Lock-in“-Effekt dürfte bei diesem Netzwerk besonders stark sein.

Kurz vor Eröffnung des Kartellamtsverfahrens hatte das Landgericht Berlin gegen Facebook ein Ordnungsgeld von 100.000 Euro verhängt. Das soziale Netzwerk hatte Zustimmungen seiner Nutzer zur Erhebung personenbezogener Daten eingeholt, ohne hinreichend über die Zwecke der Datenverwendung aufzuklären. Hieran anknüpfend formuliert das Bundeskartellamt, es bestehe der Anfangsverdacht, dass die Nutzungsbedingungen von Facebook gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstoßen.

Das Vorgehen des Kartellamtes wirft Fragen nach dem Verhältnis der verschiedenen Rechtsmaterien auf: Brauchen wir das Kartellrecht, um Verbraucher vor einer weitreichenden Preisgabe ihrer Rechte zu bewahren? Für einen solchen ergänzenden Einsatz der Wettbewerbsbehörden spricht, dass sie mitunter schlagkräftiger als die Verbraucherschutzorganisationen und Datenschutzbeauftragten erscheinen. Vor allem können sie weiter reichende Sanktionen anordnen: Bei Kartellrechtsverstößen können Bußgelder von bis zu zehn Prozent des Unternehmensumsatzes verhängt werden.

Die Bezugnahme des Bundeskartellamtes auf das Datenschutzrecht verdeutlicht einen wichtigen Zusammenhang: Ob von einem Missbrauch auszugehen ist, hängt von einer vorgelagerten Rechtsfrage ab: Wem sind Rechte an Daten zuzuordnen? Die betroffenen Individuen stehen oft auf dem Standpunkt, das alleinige Verfügungsrecht an den sie betreffenden personenbezogenen Daten zu haben: „Meine Daten gehören mir“. Doch so einfach liegen die Dinge nicht: Die Daten wurden von Unternehmen mit wirtschaftlichem Aufwand erhoben und oft mit weiterem Aufwand etwa in Analysen verarbeitet. Dies könnte für eine Berechtigung der Unternehmen sprechen. Andererseits ist bei personenbezo-

genen Daten das grundrechtlich verbürgte Persönlichkeitsrecht der Individuen betroffen, das in den Datenschutzgesetzen konkretisiert wird.

Die Datenschutzgesetze und von 2018 an die europäische Datenschutz-Grundverordnung suchen das Problem durch einen Zustimmungsvorbehalt zu lösen: Es wird eine Einwilligung der betroffenen Individuen in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten gefordert. Das Facebook-Verfahren gibt aber einen Hinweis darauf, dass eine bloß formal erteilte Zustimmung der Problematik möglicherweise nicht gerecht wird: Was soll gelten, wenn dem Einzelnen nicht viel anderes übrig bleibt, als zuzustimmen?

Facebook steht mittlerweile auch wegen des (zurzeit ausgesetzten) Zugriffs auf Nutzerdaten des Messengerdienstes WhatsApp in der Kritik. Wie auch immer das Verfahren des Bundeskartellamtes ausgeht – der Fall erinnert daran, dass dem Kartellrecht nicht nur die Aufgabe zukommt, durch Wettbewerbssicherung den volkswirtschaftlichen Wohlstand zu fördern. Kartellrecht hat auch eine freiheitssichernde Funktion. Auf diese Schutzfunktion hat schon Wirtschaftsminister Ludwig Erhard bei seinem Werben für ein Kartellgesetz als „unentbehrliches wirtschaftliches Grundgesetz“ hingewiesen: Das Kartellrecht solle dafür sorgen, so Erhard in seinem 1957 publizierten Werk „Wohlstand für alle“, dass niemand die wirtschaftliche Macht habe, die individuelle Freiheit anderer zu unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einzuschränken. Den 1958 in Kraft getretenen Kartellrechtsvorschriften kommt demnach seit Anbeginn die Aufgabe zu, Bürger vor einer Machtausübung von Monopolisten und Kartellanten und einer damit verbundenen Einschränkung ihrer Freiheit zu bewahren.

# Das sind die 12 Freien Demokraten im Berliner Abgeordnetenhaus

Die FDP ist wieder im Berliner Landesparlament vertreten. Zwölf Abgeordnete umfasst die neue Fraktion. Sebastian Czaja wurde einstimmig zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind die Landesvorsitzende

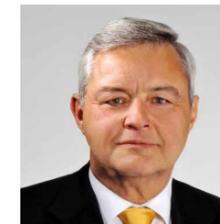
Sibylle Meister und der frühere Bundestagsabgeordnete Holger Krestel. Darüber hinaus sind 33 Freie Demokraten in die Berliner Bezirksrathäuser eingezogen.



Sebastian Czaja



Sibylle Meister



Holger Krestel



Stefan Förster



Paul Fresdorf



Maren Jasper-Winter



Florian Kluckert



Marcel Luthe



Bernd Schlömer



Henner Schmidt



Thomas Seerig



Florian Swyter

## „Den deutschen Traum, den wünsche ich mir“

Beim dritten Freiheitskonvent wurde intensiv am Bundestagswahlprogramm gearbeitet. In Rede, Runde und sechs Werkstätten ging es um die Mitte der Gesellschaft.



Maria Wandel  
Redakteurin

Die US-Präsidentschaftswahl wirkt nach. Und so wird es die über 200 Gäste beim dritten Freiheitskonvent der FDP kaum überrascht haben, dass der Bundesvorsitzende Christian Lindner seine Rede mit Trump eröffnete. Lindner zog seine Lehren aus dessen Wahlsieg: Es müsse „Schluss sein mit der Symbolpolitik, Schluss sein mit Nebenthemen“. Nur Problemlösungen könnten Populisten stoppen. Der Bundeskanzlerin warf Lindner eine Politik vor, die „komplett durchgrünt“ sei. Sie würde zu einem Vertrauensverlust führen. Auftrag der Freien Demokraten sei es, sich um die Millionen Menschen zwischen den Rändern der Gesellschaft zu kümmern, sagte Lindner. Er machte dies an einigen Politikfeldern deutlich. Dabei spannte er einen Bogen von der Flüchtlingspolitik über die Bildung bis zur Inneren Sicher-

heit. Kräftiger Applaus im Atrium des Thomas-Dehler-Hauses signalisierte Zustimmung.

In der darauffolgenden Eröffnungsrunde sprach Moderator Jörg Thadeusz mit dem Journalisten und Autor Jan Fleischhauer, der Vorsitzenden der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Martina Koederitz, dem Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Michael Georg Link, der Geschäftsführerin von ArbeiterKind.de, Katja Urbatsch, dem Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall e.V., Oliver Zander, dem Direktor des Instituts für Handels- und Wirtschaftsrecht der Universität Bonn, Prof. Dr. Daniel Zimmer, und der Generalsekretärin Nicola Beer. An die Rede Lindners anknüpfend wurden zahlreiche Themen diskutiert, um den Gästen einen Vorge-



Christian Lindner während seiner Eröffnungsrede

schmack zu geben.

Ein Thema: Der Traum vom Aufstieg. Darauf angesprochen betonte Urbatsch, dass sie sich den deutschen Traum wünsche, er jedoch nicht funktioniere. „Das müssen wir durchbrechen, dass in Deutschland die Bildungschancen von der sozialen Herkunft und dem Bildungshintergrund der Eltern abhängen“, forderte sie. Generalsekretärin Nicola Beer sieht genau darin eine Aufgabe: sozialen Aufstieg zu ermögli-

chen. „Wir haben Respekt für jeden, der es geschafft hat. Aber ganz ehrlich, unser Herzblut gilt denen, die noch wohin wollen, die noch was schaffen wollen“, so Beer.

Danach wurde in sechs Werkstätten weiter am Programm gearbeitet. Dabei ging es getreu dem Leitbild um weltbeste Bildung für jeden, Vorankommen durch eigene Leistung, Selbstbestimmung in allen Lebenslagen, Freiheit und Menschenrechte weltweit, Politik, die rechnen kann und einen unkomplizierten Staat. Ein wichtiger Aspekt in allen Diskussionen: die Chancen der Digitalisierung.

Zum Abschluss des Freiheitskonvents wurden die Ergebnisse von Präsidiumsmitgliedern in einer Runde zusammengetragen. Sie fließen nun in die nächste Entwurfsfassung des Bundestagswahlprogramms ein und werden dann in einer weiteren Beteiligungsphase auf [www.meine-freiheit.de](http://www.meine-freiheit.de) zur Diskussion gestellt. In dieser sollen auch Nicht-Mitglieder die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen. Dazu ist lediglich eine Registrierung unter [www.meine-freiheit.de](http://www.meine-freiheit.de) erforderlich.

Anzeige

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FEIERT **HEBAMME LINDA**  
JEDEN TAG GEBURTSTAG.  
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/linda](http://www.pkv.de/linda) **IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER**

# Die Ergebnisse der großen Mitgliederumfrage

Die Bundespartei hat ihre per E-Mail erreichbaren Mitglieder befragt: zum Bekennermut, zu politischen Themen und zu Prioritäten. Die Ergebnisse sind aufschlussreich.



Dr. Franziska Assmann  
Redakteurin

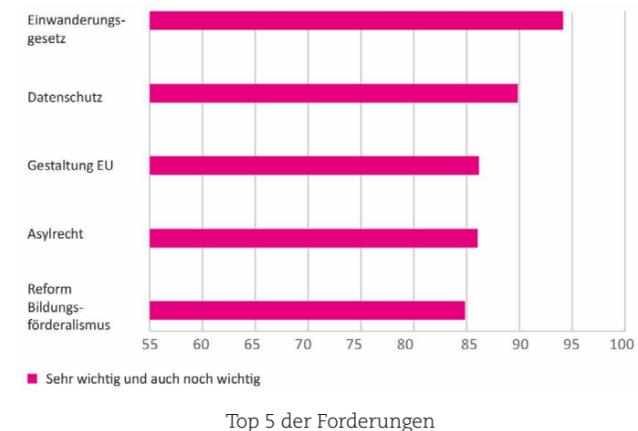
Der Partei die Meinung sagen – dieser reizvollen Aufforderung kamen über 10.000 Freie Demokraten nach. Die Generalsekretärin Nicola Beer hatte alle per E-Mail erreichbaren Mitglieder zu einer großen Umfrage eingeladen. Folgende Fragen standen dabei im Fokus: Wie hält es die German-Mut-Partei mit dem eigenen Bekennermut? Welche Themen sind für die Basis die wichtigsten? Und wie werden Themen der FDP im Umfeld der Mitglieder wahrgenommen?

Die Umfrage kam gut an. Von den per E-Mail erreichbaren Mitgliedern beteiligten sich 29 Prozent. Das ist ein erfreulich hoher Wert. Auch die Ergebnisse sind erfreulich – und spannend zugleich.

Beim Bekennermut ging es um die Frage, ob Mitglieder die FDP auch bei privaten Anlässen ins Gespräch bringen. Dies

ist für die Verbreitung der liberalen Idee besonders wichtig. Denn in den Medien wird über die APO-Partei FDP und ihre Inhalte nur unzureichend berichtet. Mitglieder, die Flagge zeigen, wirken dieser Schweigespirale entgegen. Mit knapp 60 Prozent arbeitet die deutliche Mehrheit der Mitglieder auch daran, die Schweigespirale zu durchbrechen. Sie berichten deutlich häufiger von positiven (27 Prozent) als von negativen (10 Prozent) Reaktionen auf das Bekenntnis. Damit ist die Angst vor sozialer Sanktion unbegründet: ein Ansporn für alle Mitglieder, Bekennermut zu zeigen.

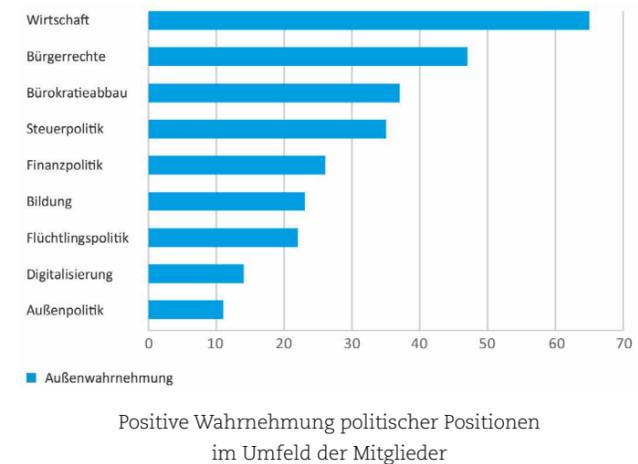
Die Mitglieder konnten auch über politische Aussagen abstimmen. Die größte Zustimmung (77 Prozent „voll und ganz“) erhielt der Ruf nach einem unkomplizierten Steuersystem. Am zweitwichtigsten ist den Mitgliedern die Bil-



dung: 63 Prozent denken, Schüler sollten zum Selbstdenken angeregt werden, 62 Prozent sprachen sich für ein besseres Bildungssystem aus.

Ferner konnten die Mitglieder bei politischen Forderungen Prioritäten setzen: 94 Prozent der Befragten halten ein modernes Einwanderungsgesetz für sehr wichtig oder auch noch wichtig. Knapp 90 Prozent halten die eigene Hoheit über Daten und Datenschutz für ein drängendes Thema, gefolgt von der EU als Wertegemeinschaft und der Regel, dass Flüchtlinge bei Wegfall des Fluchtgrundes in ihre Heimat zurückkehren. 84 Prozent der Mitglieder sprechen sich außerdem für eine Reform des Bildungsföderalismus aus. Die Themensetzung aus dem Leitbildprozess kommt bei den Umfrageteilnehmern an. Aber gilt das ebenso für das Umfeld der Freien Demokraten? Wenn Mitglieder privat über die Freien Demokraten sprechen, so gründen sich die positiven Reaktionen in 38 Prozent der Fälle in den politischen Positionen der FDP. Die Grafik zeigt, welche Themen daraufhin besonders gut ankamen: die liberalen Klassiker. Vor allem für Wirtschaft, Bürgerrechte, Bürokratieabbau und Steuerpolitik werden die Freien Demokraten positiv wahrgenommen. Andere Kernthemen wie Digitalisierung, Bildung und Außenpolitik kommen dagegen kaum bei Leuten an, die sich nicht intensiv mit den Freien Demokraten beschäftigen.

Analog zur eigenen Wahrnehmung wurde gefragt, wie sehr das Umfeld den eigenen politischen Aussagen zustimmt. Das Ergebnis deckt sich größtenteils mit den Ansichten der Mitglieder, am wichtigsten sind die Themen Steuern und Bildung. Interessant sind aber auch die Fälle, in denen das Umfeld die Meinung der Mitglieder nicht teilt. Die Aussage „Europa ist unsere Zukunft“ würden 55 Prozent der Mitglieder so unterschreiben. Für ihr Umfeld trifft das allerdings



nicht zu: Nur 14 Prozent teilen die Einschätzung. Auch die Ansicht, Unternehmer verdienen mehr Respekt, sorgt bei den Umfrageteilnehmern und ihrem Umfeld für wenig Einigkeit. Der Aussage stimmen Mitglieder zu 42 Prozent zu, das Umfeld zu 10 Prozent. Gleiches gilt für die Chancen der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt. Während 27 Prozent der Mitglieder davon überzeugt sind, dass die Digitalisierung mehr Arbeitsplätze schaffen wird als sie kostet, glauben das nur sieben Prozent im Umfeld. Bei diesen Themen bekommen unsere Mitglieder also noch Gegenwind. Das Thema, das dem Bekanntenkreis noch mehr am Herzen liegt als den Mitgliedern (35 bzw. 32 Prozent) ist die Höhe der Strompreise: Ein Potenzial, welches im Wahlkampf genutzt werden kann.

## Antragsfristen zum 68. Ord. Bundesparteitag

**Für Satzungsänderungsanträge:**  
1. Februar 2017 ☎ 24.00 Uhr

**Für Änderungsanträge zu den Satzungsänderungsanträgen:**  
13. März 2017 ☎ 24.00 Uhr

**Für sonstige Anträge:**  
29. März 2017 ☎ 24.00 Uhr

Einzureichen unter [antraege@bundesparteitag.de](mailto:antraege@bundesparteitag.de)

# Ein erfolgreiches Wahljahr für die Freien Demokraten

Länderwende und Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus sind gelungen. 2017 wollen Oliver Luksic, Wolfgang Kubicki und Christian Lindner an die Erfolge anknüpfen.



Fabienne Kröber  
Redakteurin

Das Wahljahr 2016 war nicht nur ereignis-, sondern auch erfolgreich für die Freien Demokraten. Die im März angestrebte Länderwende wurde geschafft und auch der Wiedereinzug der Freien Demokraten in das Berliner Abgeordnetenhaus ist gelungen. Mit Hans-Ulrich Rülke, Volker Wissing, Frank Sitta, Cécile Bonnet-Weidhofer und Sebastian Czaja haben charismatische Spitzenkandidaten mit vollem Einsatz für beste Bildung, eine starke Wirtschaft und funktionierende Infrastruktur gekämpft.

Der engagierte Wahlkampf der Freien Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern wurde leider nicht belohnt. Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer kündigte an, auch außerhalb des Parlaments weiter für das Land kämpfen zu wollen: „Wir sind unseren Überzeugungen treu geblieben

und das macht uns stolz. Wir danken unseren Wählern, Mitgliedern und ehrenamtlichen Helfern. Unsere Überzeugung treibt uns weiter an. Mecklenburg-Vorpommern kann mit den Freien Demokraten rechnen. Wir glauben, das ist nötiger denn je.“

Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin erreichten die Freien Demokraten mit Spitzenkandidat Sebastian Czaja beachtliche 6,7 Prozent. Die neue Fraktion konstituierte sich bereits am Montag nach der Wahl und umfasst zwölf Abgeordnete: Sebastian Czaja (Fraktionsvorsitzender, Luftverkehr), Sibylle Meister (stellv. Fraktionsvorsitzende, Haushalt, Finanzen), Holger Krestel (stellv. Fraktionsvorsitzender, Recht, Verfassungsschutz, Verbraucherschutz), Stefan Förster (Bauen, Wohnen, Sport), Paul Fresdorf (Bildung, Jugend,



Sebastian Czaja jubelt über das Wahlergebnis

Familie, Integration), Maren Jasper-Winter (Petitionsausschuss), Florian Kluckert (Gesundheit, Kultur), Marcel Luthe (Inneres, Sicherheit, Bundes- und Europaangelegenheiten), Bernd Schlömer (Netzpoltik), Henner Schmidt (Infrastruktur, Umwelt), Thomas Seering (Soziales) und Florian Swyter (Wirtschaft, Arbeit, Digitale Verwaltung, Datenschutz). Mit dem Wahlerfolg in Berlin sind die Freien Demokraten

nun wieder in mehr als der Hälfte der Landtage vertreten. Im kommenden Jahr soll die nächste Landtagsfraktion hinzukommen. Denn am 26. März wird im Saarland gewählt. Dort wird Oliver Luksic die Freien Demokraten in den Wahlkampf führen. Die Landesvertreterversammlung wählte ihn mit 97,6 Prozent zum Spitzenkandidaten. Er kündigte an: „Wir wollen das Saarland zum Land der Chancen machen, wir setzen daher auf einen starken Mittelstand und wollen die Chancen der Digitalisierung für das Land nutzen und fördern.“

Im Mai folgen die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Hier wollen Wolfgang Kubicki und Christian Lindner als Spitzenkandidaten an die Erfolge der vergangenen Landtagswahlen anknüpfen und den Boden für die Bundestagswahl im September 2017 bereiten. Glaubt man den aktuellen Umfragewerten, stehen die Chancen dafür nicht schlecht. So wurden für die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein zuletzt neun Prozent ermittelt, in Nordrhein-Westfalen bewegen sich die Werte zwischen sieben und neun Prozent.

Anzeige

**Wer Visionen hat,  
sollte zum Arzt gehen?  
Nicht bei uns!**

**Hier schlägt das Herz  
der Wirtschaft.**

DIE UNTERNEHMEN  
DER METALL-  
UND ELEKTRO-  
INDUSTRIE

[www.herz-der-wirtschaft.de](http://www.herz-der-wirtschaft.de)

# Der Einsatz für Freiheit und Demokratie trotz „Shrinking Spaces“

Weltweit sind zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend staatlichen Zugriffen ausgesetzt. Eine Herausforderung für die internationale Arbeit der Stiftung.



Julius von Freytag-Loringhoven  
Projektbüroleiter Moskau



Hans-Georg Fleck  
Projektbüroleiter Istanbul

Weshalb diskutieren der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum und der JuLi-Vorsitzende Konstantin Kuhle in Moskau über Bürgerrechte im Digitalzeitalter? Und warum trifft sich der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, zeitgleich mit türkischen Nichtregierungsorganisationen in Brüssel zu Fragen der Zivilgesellschaft? Dahinter steckt die internationale Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Stiftung setzt sich in über 60 Ländern für den Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen ein, damit immer mehr Menschen in liberalen Gesellschaften leben können. Die Zivilgesellschaft ist dabei zentraler Partner der Stiftungsarbeit, sei es in Form von liberalen Parteien, Nichtregierungsorganisationen oder

Thinktanks. Doch deren Schutz vor staatlichem Zugriff schrumpft zunehmend: In vielen Entwicklungs- und Transformationsländern werden die Handlungsfreiräume durch das Machtstreben der Herrschenden enger. Dafür hat sich der Begriff der „Shrinking Spaces“ etabliert. Repressive Gesetze, Medienkontrolle und politische Zentralisierung bedrohen Zivilgesellschaften, inzwischen auch in EU-Ländern wie Polen oder Ungarn. Sinnbildlich für die „Shrinking Spaces“ steht ein 2012 in Russland eingeführtes Gesetz, das russische Nichtregierungsorganisationen als „Ausländische Agenten“ stigmatisiert, sobald sie sich politisch betätigen und Geld aus dem Ausland erhalten. Viele Stiftungspartner sind unter den über 140 gelisteten Organisationen – von der Menschen-

rechtsorganisation Memorial bis zum unabhängigen Umfrageinstitut Lewada-Zentrum. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich die Repression gegen die Partner kontinuierlich verschärft. Gemeinsam mit ihnen entwickelt die Stiftung kreative neue Formate, um den Einsatz auch unter erschwerten Bedingungen fortsetzen zu können. So konnte Gerhart Baum die russische Übersetzung seines Buches „Rettet die Grundrechte“ nur deshalb von St. Petersburg bis Irkutsk vorstellen und diskutieren, weil es allein von Deutschland handelt. Auch das neue Programm „Architektur der Freiheit“ schafft Raum über die Architektur hinaus, die Beziehung von Individuum, Gesellschaft und Staat zu diskutieren und sich in basisdemokratischen Urbanistik-Foren auszutauschen. Mit den „FuckUp Nights“

senschaft, haben die Türkei aus Furcht vor Verhaftung und Repressalien inzwischen verlassen; andere sitzen zum Teil seit Monaten in Haft und warten auf ihr Gerichtsverfahren. Unter den seit dem Juli-Putsch 2016 herrschenden Bedingungen des Ausnahmezustandes wägt man seine Worte besonders genau ab und überlegt, wo, mit wem und zu welchem Anlass man sich überhaupt politisch exponiert. Die kürzlich veranstaltete Ergebnispräsentation der Meinungsforschung der Stiftung zu „Liberalen Werten in der türkischen Gesellschaft“ beispielsweise, zu der früher eine reiche Auswahl hochrangiger Gesprächspartner zur Verfügung gestanden hätte, wurde zur Suche nach jenen, die sich noch trauen oder trauen können, in der Öffentlichkeit zu einem potenziell regierungskritischen Thema das Wort zu



In Jekaterinburg hisst Gerhart Baum die Flagge der Menschenrechte

Foto: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

hat die Stiftung ein Format nach Moskau gebracht, mit dem Christian Lindner zuvor Schlagzeilen in Deutschland gemacht hat und das jetzt junge russische Unternehmer jenseits des Parteipolitischen für liberale Ziele gewinnt. Ebenfalls schwierig stellt sich die Lage in der Türkei dar. Nahezu kein Tag vergeht ohne Negativ-Schlagzeilen aus dem Land am Bosphorus. Binnen weniger Jahre ist der Hoffnungsträger für eine islamische Demokratie an der südöstlichen Grenze Europas zu einem autokratischen System degeneriert, über das sich die demokratische Welt große Sorgen macht. Wurde die Stiftung bis vor wenigen Jahren zumindest noch politisch geduldet, wird nun die Luft für die Arbeit immer dünner. Freunde und Gesprächspartner der Stiftungsarbeit, insbesondere aus Journalismus und Wis-

ergreifen. Beobachter taxieren das politische Regime der Türkei derzeit noch nicht als „autoritäres“, wohl aber als „hybrides“ Regime. Das heißt: Es kann noch schlimmer werden. Noch lässt man die Stiftung ihre für alle Interessierten offene und transparente Arbeit machen. Niemand wagt allerdings vorauszusagen, wie lange noch – ein Einsatz für Freiheit und Demokratie auf Abruf. Unter „Shrinking Spaces“ wird es für die Stiftungspartner immer schwieriger, für ihre Ziele einzutreten. Sie genießen und verdienen jedoch weiterhin die Unterstützung der Stiftung und ihres liberalen Netzwerks – von ALDE bis Liberal International. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit schreibt die wichtigen europäischen Nachbarn Türkei und Russland – und vor allem ihre Bürger – nicht ab.

# „Ich verabschiede mich schweren Herzens von diesem großartigen Mann“

Der Text ist die gekürzte Rede von Wolfgang Gerhardt beim Staatsakt für Walter Scheel. Sie kann in voller Länge unter [freiheit.org/gedenken](https://freiheit.org/gedenken) nachgehört werden.



Dr. Wolfgang Gerhardt  
Vorstandsvorsitzender  
der Stiftung

Wir verabschieden uns in dieser Stunde von Walter Scheel. Dem Bundespräsidenten, dem Außenminister, dem Bundesvorsitzenden der FDP. Einem bemerkenswerten Menschen. Lebhaft, engagiert, neugierig, herzlich. Einem Mann mit Zuversicht und Mut, aber auch mit Leidenschaft. Walter Scheel fiel als Bundesvorsitzender der FDP nicht vom Himmel. Er kam aus dem Krieg und hatte wie viele aus seiner Generation die Katastrophe hautnah miterlebt. Er wusste, was geschehen war. Er wusste aber auch, was zu tun war. Begangenes Unrecht zu erkennen, aber auch zu sehen, wie es überwunden werden konnte, und zu wissen, was zu tun war, damit es sich nicht wiederholt. Er packte an, um beim materiellen und immateriellen Wiederaufbau dem geschlagenen Land zu helfen. Walter Scheel

trat in die Freie Demokratische Partei ein und engagierte sich als Stadtverordneter in seiner Heimatstadt Solingen für die dringendsten Bedürfnisse des Alltags, um wieder atmen und leben zu können. Walter Scheel wusste, dass eine geschriebene Verfassung allein nicht reicht. Wie Freiheit dauerhaft gemacht werden konnte, das bewegte ihn. Er kannte die Mobilmachung vieler gegen alles, was Einsicht abverlangt. Er lernte sie bei seinen Vertragsverhandlungen als Außenminister noch stärker kennen. Er wusste um die Schwierigkeiten seiner Landsleute mit dem Thema Freiheit. Ihre Furcht vor der Freiheit, ihre Bedenken, dass sie anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Er wusste aber auch, dass Probleme mit der Freiheit nur in Freiheit gelöst werden können. Diese Überzeugung



Walter Scheel

leitete ihn zeitlebens.

Walter Scheel hatte einige Stürme zu überstehen. Den ersten in der Entscheidung über die Grundrichtung der FDP Anfang der 50er Jahre.

Den zweiten Sturm galt es 1956 zu überstehen, als sich eine große Zahl von Bundestagsabgeordneten von der FDP abspaltete.

Den dritten Sturm erlebte er am Ende der Regierung Erhard. Er war Kabinettsmitglied, wollte sich aber auf keinen Fall für Steuererhöhungen entscheiden, die der Koalitionspartner für notwendig befunden hatte. Er zögerte keinen Moment. Er entschied sich für seinen Rücktritt als Bundesminister, als andere noch zögerten. Er teilte das seinen Kabinettkollegen mit den Worten mit, dass er das gleich tun werde. Unverzüglich, sofort.

Walter Scheel war sich immer bewusst, dass für die liberale Sache gekämpft werden muss. Auch heute. Er spürte die Herausforderung, die sich für seinen Wermelskirchener Nachbarn, Christian Lindner, stellt, der sie im Geiste Walter Scheels aber auch bestehen wird.

Walter Scheel, den Wolfgang Mischnick so zutreffend als „Mann der zweiten Stunde“ beschrieb, machte sich nie eine Illusion über das, was zu leisten war, als er auf einem jener legendären Parteitage in Freiburg 1968 gewählt wurde. Er war vorbereitet, als es darauf ankam. Vor allem: als es auf ihn ankam.

„Wenn die Aufgabe groß ist, dann ist sie groß und dann darf man nicht verzagt antworten“, sagte er mit energischem Optimismus etwas Neues zu wagen. Das unternahm er auch und das wollte er sich nicht zunichtemachen lassen, als am 27. April 1972 die sozialliberale Koalition durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden sollte. Solche Standfestigkeit oder Überzeugung hatte er auch

schon lange vorher für jeden sichtbar gezeigt. Er wusste genau was er tat, welches hohe Risiko er einging und war sich im Falle des Scheiterns völlig klar, was er zu tun hatte, als er wenige Tage vor der Bundestagswahl 1969 die Bereitschaft zur Koalition mit der SPD andeutete, falls das Wahlergebnis sie ermöglichen würde. „Ich musste es tun“, sagte er in einem unserer persönlichen Gespräche.

Walter Scheel wusste, dass wir das sind, was wir tun. Vor allem, aber dass wir noch mehr das sind, was wir gerade nicht tun. Er war davon überzeugt, dass die Menschen die Welt nicht kultivieren können, ohne die anderen. Und für die anderen hatte er immer ein Auge.

Walter Scheel war neugierig an Kunst und Kultur. Er war interessiert an Freundschaft. Er hatte Lebensart. Er verkörperte Zivilisiertheit und strahlte sie auch aus. Wenn er sich gut anzog, dann tat er das immer, um auch seinem Gesprächspartner Wertschätzung entgegen zu bringen. Er war fröhlich und sang deshalb jenes uns allen bekannte Lied, ganz unbekümmert, gegen manchen unfrohlichen Rat. Außenpolitik gestaltete er in einer Balance von Macht und Moral, von nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen. Kein Land sei groß genug, um auf Freunde zu verzichten zu können, sagte er.

Es ist die Art und Weise, die Kunst des Hervorbringens, die Menschen ihren Mitmenschen näher bringt. Die war es, die Walter Scheel so erfahrbar machte. Walter Scheel hat sich seinen Mitmenschen nicht verschlossen, sondern erschlossen. Sie mochten ihn. Sie fanden ihn sympathisch und in einer nicht plumpen, aber höflichen Art zugänglich.

Wir verabschieden uns heute von einem Mann, der zeit seines Lebens davon überzeugt war und blieb, dass Liberalismus mehr ist als ein parteipolitisches Programm. Dass er Charakter und eine Haltung voraussetzt, die sich immer bewusst ist, dass die Demokratie zerbrechlich ist. Dass Demokratie immer wieder heimgesucht wird. Von alten Dämonen, die einen leichten Schlaf haben, von totalitären Gefährdungen, die immer wieder in neuen Uniformen auftreten. Dass eine freiheitliche Ordnung nie perfekt ist. Aber allemal besser, als alle Gesellschaftsentwürfe, die die Spontaneität der Freiheit zugunsten einer sakrosankten Ordnung erdrücken.

Ich verabschiede mich schweren Herzens von diesem großartigen Mann. Wir alle haben Walter Scheel für das, was er unserem Land und uns gegeben hat, zu danken. Wir werden ihn nicht vergessen und wir wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Nun möge er in Frieden ruhen.



## Legale Spielhallen

**halten sich an die Regeln.**

Als die Deutsche Automatenwirtschaft sind wir uns unserer Verantwortung gegenüber den Spielern und der Gesellschaft bewusst, darum halten wir uns an strenge Grundsätze, wie:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV Rheinland und InterCert Saar geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenspiel auf [automatenwirtschaft.de](http://automatenwirtschaft.de)

**KEIN SPIEL  
OHNE REGELN**

DIE DEUTSCHE  
AUTOMATENWIRTSCHAFT